

An den Gewerkschaftstag der GEW-Bremen vom 09. bis 10. November 2011

Antrag: Lehre, Forschung und Studium an Bremer Hochschulen dienen friedlichen Zwecken
Antragsteller: Dr. Andreas Schlegel, Universität Bremen

Der Gewerkschaftstag möge folgendes beschließen:

Der Landesverband Bremen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) setzt sich dafür ein, dass die Lehre, die Forschung und das Studium an den Hochschulen im Land Bremen ausschließlich zivilen und friedlichen Zwecken dienen.

Die GEW-Bremen wirkt darauf hin, dass die zu Zeit gültige Fassung der Zivilklausel an der Universität Bremen als Mindeststandard erhalten bleibt und nicht im Rahmen von Stiftungsprofessuren oder anderer externer Vereinbarungen und Einflußnahmen durch privatwirtschaftliche Interessen, Institutionen und Organisationen in ihrem Sinn und Ziel verwässert oder eingeschränkt wird.

Die GEW-Bremen weiter aktiv innerhalb und außerhalb des gewerkschaftlichen Raumes am laufenden Diskussionsprozess um die inhaltliche Ausgestaltung der Zivilklausel an der Bremer Universität teilnehmen und im Weiteren darauf hinarbeiten, den ausschließlich friedlichen und zivilen Charakter der Aufgaben und Ziele der Bremer Hochschulen im Bremer Hochschulgesetz gesetzlich zu verankern.

Begründung :

Die zahlreichen Krisen- und Konfliktgebiete weltweit führen uns immer wieder deutlich vor Augen, dass militärische Interventionen kein Mittel zur Konfliktlösung darstellen. Das friedliche Zusammenleben und das Streben nach Frieden muss in der Bundesrepublik oberste Maxime sein. Bereits im Artikel 26 Grundgesetz heißt es dazu: „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Mit der einer Zivilklausel im Rahmen des Bremer Hochschulgesetzes wird diesem Ansinnen Rechnung getragen. Sie unterbindet jegliche Bestrebungen, für Krieg und Zerstörung zu forschen. In den letzten Jahren hat sich, nicht zuletzt als Folge der dramatisch schlechten finanziellen Ausstattung der Hochschulen, die Grenze zwischen ziviler Forschung und Fragen der Verteidigungs- und Sicherheitsforschung durch die zunehmende Verquickung von privatwirtschaftlichen Interessen mit den Aufgaben und Zielen von Hochschulen und Universitäten verwässert.

Verdeutlicht wird dies zum Beispiel durch den „Celler Appell“ von 2008 in dem als Ergebnis des so genannten Celler-Trialogs postuliert wird, dass aktiv darauf hin gearbeitet werden solle, dass der sicherheitspolitische Dialog auch in Forschung und Lehre, insbesondere an den Hochschulen, gestärkt wird, so durch die Einrichtung von Stiftungsprofessuren und durch einen dauerhaften, praxisorientierten und wissenschaftlichen Austausch zwischen Wirtschaft und Bundeswehr.

Vor diesem Hintergrund haben insbesondere die politisch verantwortlich handelnden Menschen im Bremer Senat und die GEW als ein gesellschaftliches Korrektiv dafür Sorge zu tragen, dass an den Hochschulen im Land Bremen ausschließlich für Frieden und Freiheit der Menschen und nicht für militärische Ziele und Krieg geforscht und studiert wird.